

Liebe Eltern, liebe Lehrer*innen, liebe Erzieher*innen,

wir möchten Sie über den aktuellen Stand unseres Antrags zur Verbesserung der Schulwegsicherheit informieren, den wir in der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) Pankow vorgestellt haben. Der Antrag wurde in den Verkehrsausschuss überwiesen, doch leider wird es voraussichtlich eine Empfehlung geben, ihn abzulehnen. Allerdings konnten die ersten beiden Punkte zwischenzeitlich beim Berliner Senat platziert werden. Hier die Gründe und der aktuelle Stand zu den einzelnen Punkten:

Punkt 1: Deutliche Visualisierung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h

Ziel war es, die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung durch „Achtung Schule“-Schilder und Fahrbahnmarkierungen sichtbar zu machen und die Tempo-30-Zone bis zur Ampel an der Kreuzung Rennbahnstraße/Gustav-Adolf-Straße zu verlängern. Dieser Punkt wurde bereits an die zuständige Abteilung im Berliner Senat übermittelt. Aktuell gibt es keine Einwände gegen diese Maßnahme, und wir erwarten positive Schritte innerhalb der nächsten 6 Monate.

Punkt 2: Verlängerung der Grünphase an der Ampel zur Schulwegzeit

Die Forderung ist, die Grünphase für Fußgänger an der Kreuzung Rennbahnstraße/Gustav-Adolf-Straße zu verlängern, um Kindern mehr Zeit zum sicheren Überqueren zu geben. Hier wird es eine Prüfung durch den Senat geben, jedoch ist der Ausgang der Prüfung derzeit ungewiss.

Punkt 3: Installation einer dauerhaften Querungshilfe an der Kreuzung Rennbahnstraße/Zur Ringallee

Leider wird dieser Punkt wohl abgelehnt. Die Begründung: Ab 2032 soll an dieser Stelle eine neue Straßenbahnstrecke mit Haltestelle gebaut werden. Die Planungen sehen vor, dass die Straße dann ohnehin sicher überquert werden kann, was die Errichtung einer temporären Querungshilfe überflüssig macht. Zudem dauern solche Vorhaben in Berlin häufig bis zu fünf Jahre, was in diesem Fall keinen Sinn ergibt.

Punkt 4: Installation von Dialogdisplays (Geschwindigkeitstafeln) an der Rennbahnstraße

Auch dieser Punkt stößt auf Widerstand. Zwar wird die Anschaffung solcher Displays von der Stadt Berlin subventioniert, jedoch müssen die Bezirke die laufenden Betriebskosten selbst tragen. Es gibt zudem Stimmen, die die Sinnhaftigkeit von Dialogdisplays in Frage stellen, da sie nur eine temporäre Wirkung auf das Fahrverhalten haben.

Wir halten Sie weiterhin über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden und danken Ihnen für Ihre Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit.

Die GEV.